

Wedel, 10.12.2019

E i n l a d u n g

zur 14. Sitzung des Rates der Stadt Wedel

am Donnerstag, 19.12.2019, 19:00 Uhr

im Ratssaal des Rathauses

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 13. Sitzung vom 28.11.2019
- 3.) Schriftliche Anträge
 - 3.1 Klimanotstand Kohlekraftwerk
Hier: Antrag und Anfrage der SPD-Fraktion
- 4.) Nachbesetzung von Gremien
Hier: Antrag FDP- Fraktion
- 5.) Zustimmung zur Wiederwahl des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Wedel
Vorlage: BV/2019/155
- 6.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064
- 7.) Stellenplan 2020
 - 7.1 Stellenplan der Stadt Wedel 2020
Vorlage: BV/2019/121

- 7.2 Einrichtung einer Stelle Eines/Einer ersten Stadtrates/Stadträtin
Hier: Antrag der CDU Fraktion
Vorlage: MV/2019/117
- 8.) Haushalt 2020
 - 8.1 Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125
 - 8.2 Antrag CDU Ablehnung Grundsteuererhöhung
 - 8.3 Antrag SPD Ablehnung Grundsteuererhöhung
 - 8.4 Antrag Die Grünen Grundsteuererhöhung
 - 8.5 Antrag SPD Haushalt Gebäudeunterhaltung
 - 8.6 Antrag CDU Begleitbeschluss Konsolidierungskonzept
 - 8.7 Antrag CDU Begleitbeschluss Umstrukturierungskonzept
 - 8.8 Antrag SPD Zukunftskonzept
 - 8.9 Antrag Haushalt Konsolidierungskonzept mit Ergänzung Lenkungsgruppe
 - 8.10 Antrag FDP Haushaltsbegleitbeschluss
- 9.) Hebesatzsatzung 2020 der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2019/144
- 10.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 10.2 Anfrage DIE LINKE zur MV/2019/071 Städtebauliche Verträge und Kopplungsverbot
 - 10.3 Anfragen

voraussichtlich nicht öffentlich

- 11.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 13. Sitzung vom 28.11.2018
- 12.) Grundstücksangelegenheiten im Bereich Tinsdaler Weg
 - 12.1 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/133
 - 12.2 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/145



13.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

13.2 Nichtöffentliche Anfragen

öffentlich

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

gez. Michael Schernikau
Stadtpräsident

F. d. R.:
Niklas Viehmann



Ältestenrat: Montag, den 16.12.2019, 18.30 Uhr
Zimmer 126

Fraktionen:

CDU-Fraktion: Montag, den 16.12.2019, 19.00 Uhr
Sitzungsraum Vejen

WSI-Fraktion: Montag, den 16.12.2019, 19.00 Uhr
Sitzungsraum Putten

SPD-Fraktion: Montag, den 16.12.2019, 18.00 Uhr
Sitzungsraum Wolgast

FDP- Fraktion: Montag, den 16.12.2019, 19.00 Uhr
Sitzungsraum Makete

GRÜNE-Fraktion: Montag, den 16.12.2019, 19.00 Uhr
Sitzungsraum Caudry

Fraktion DIE LINKE: Montag, den 16.12.2019, 19.00 Uhr
Besprechungsraum Controlling



Wedel, 17.12.2019

Vorschlag neue Tagesordnung

zur 14. Sitzung des Rates der Stadt Wedel

am Donnerstag, 19.12.2019, 19:00 Uhr

im Ratssaal des Rathauses

öffentlich

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 13. Sitzung vom 28.11.2019
- 3.) Schriftliche Anträge
- 4.) Nachbesetzung von Gremien
Hier: Antrag FDP- Fraktion
- 5.) Zustimmung zur Wiederwahl des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Wedel
Vorlage: BV/2019/155
- 6.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064
- 7.) Klimanotstand Kohlekraftwerk
Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses
- 8.) Haushalt 2020
 - 8.1 Stellenplan 2020
BV/2019/121
 - 8.2 Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125 mit den Änderungen nach HFA 09.12.2019
 - 8.3 Haushaltsbegleitbeschluss
Konsolidierungskonzept mit Ergänzung Lenkungsgruppe

- 8.4 Haushaltsbegleitbeschluss
Umstrukturierungskonzept
- 9.) Hebesatzsatzung 2020 der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2019/144
- 10.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 10.2 Anfrage DIE LINKE zur MV/2019/071 Städtebauliche Verträge und Kopplungsverbot
 - 10.3 Anfragen

voraussichtlich nicht öffentlich

- 11.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 13. Sitzung vom 28.11.2019
- 12.) Grundstücksangelegenheiten im Bereich Tinsdaler Weg
 - 12.1 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/133
 - 12.2 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/145
- 13.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 13.2 Nichtöffentliche Anfragen

öffentlich

- 14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

gez. Michael Schernikau
Stadtpräsident

F. d. R.:
Niklas Viehmann



***Anlagen zum
Protokoll
über die
14. Sitzung des Rates
der Stadt Wedel
am
19.12.2019***

Für die Richtigkeit:
Niklas Viehmann



HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Wedel

für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Rates vom 19.12.2019
- und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	(Zeilen 10 + 19 im Gesamtergebnisplan)	76.248.500,00 €
einem Gesamtbetrag der		
Aufwendungen auf	(Zeilen 17 + 20 im Gesamtergebnisplan)	81.166.500,00 €
einem Jahresüberschuss von		-4.918.000,00 €

und

2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender		
Verwaltungstätigkeit auf	(Zeile 9 im Gesamtfinanzplan)	70.215.600,00 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender		
Verwaltungstätigkeit auf	(Zeile 16 im Gesamtfinanzplan)	74.688.200,00 €
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der	(Zeile 26 + Zeile 37 + Zeile 38 im	
Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf	Gesamtfinanzplan)	25.836.300,00 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der	(Zeile 34 + Zeile 39 + Zeile 40 im	
Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf	Gesamtfinanzplan)	29.782.700,00 €

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen	
und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	21.656.400,00 €
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	9.940.000,00 €
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	35.000.000,00 €
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	304,83

§ 3

Die Hebesätze der Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	380%
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	425%
2. Gewerbesteuer	380%

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 25.000 EUR.

§ 5

In den Teilfinanzplänen (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen auszuweisen, wenn der Zahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsmaßnahme mindestens 50.000 EUR beträgt.

§ 6

1. Die Aufwendungen und zugehörigen Auszahlungen der gebildeten Budgets im Ergebnisplan sind übertragbar. Ausgenommen sind die Ansätze nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und die Verfügungsmittel.
2. Übersteigen die Mehrerträge/Mehreinzahlungen eines Deckungskreises im Budget die Mindererträge/Mindereinnahmen (Anordnungssumme überschreitet die Ansätze) dieses Deckungskreises, so kann der übersteigende Betrag für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen innerhalb des Deckungskreises verwendet werden. Mehrerträge/Mehraufwendungen sind übertragbar.
3. Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen in den gebildeten Budgets im Finanzplan sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 7

Für den Produktbereich 61 mit den Teilplänen 6110-01000 und 6120-01000 gelten folgende Regelungen:

- a) Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Steuern und allgemeinen Zuweisungen können für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen im selben Jahr bei Umlagen verwendet werden.
- b) Die Zinsaufwendungen/Zinsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- c) Die Tilgungsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

1. von dem beschlossenen Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wurde genehmigt ein Teilbetrag von
2. von den beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen wurden genehmigt

Wedel, den

STADT WEDEL
Der Bürgermeister

Schmidt

Änderungen zum Haushaltsentwurf 2020

Änderungen/Ergänzungen nach dem HFA am 09.12.2019

Ergebnisplan - Erträge									
Seite im Entwurf	Nr.	Produkt Bezeichnung	Nr.	Zeile im Ergebnisplan Bezeichnung	bisher €	neu €	+ mehr - weniger €	Erläuterungen	Empfohlen von
473	5350-01000	Stadtwerke Wedel GmbH	7	sonstige Erträge	1.655.800	1.529.000	- 126.800	geänderte Konzessionsabgabe durch aktualisierten Wirtschaftplan	3-20
					Änderungen:		- 126.800		

Ergebnisplan - Aufwendungen									
Seite im Entwurf	Nr.	Produkt Bezeichnung	Nr.	Zeile im Ergebnisplan Bezeichnung	bisher €	neu €	+ mehr - weniger €	Erläuterungen	Empfohlen von
					Änderungen:		+ 0		

Finanzplan - Einzahlungen aus Investitionstätigkeit									
Seite im Entwurf	Nr.	Leistung Bezeichnung	Nr.	Zeile im Finanzplan Bezeichnung	lfd. Nr. im Inv.plan	bisher €	neu €	+ mehr - weniger €	Empfohlen von
					Änderungen:		+ 0		

Finanzplan - Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
Seite im Entwurf	Nr.	Leistung Bezeichnung	Nr.	Zeile im Finanzplan Bezeichnung	lfd. Nr. im Inv.plan	bisher €	neu €	+ mehr - weniger €	Empfohlen von
					Änderungen:		+ 0		

nachrichtlich:			Veränderung	neu
Gesamtergebnis nach Ausschlüssen:	-4.791.200	-126.800	-4.918.000	

Gesamt-Plan 2020

Ergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis	Ansatz		Planung Folgejahre		
		2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	46.169.400,03	56.462.100,00	54.232.000,00	55.395.200,00	56.735.400,00	58.163.400,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.866.819,23	5.185.100,00	5.362.200,00	6.061.000,00	5.222.200,00	5.337.200,00
3	+ Sonstige Transfererträge	-22.964,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.316.074,86	4.414.900,00	4.475.600,00	4.453.400,00	4.473.200,00	4.510.900,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	1.174.986,26	4.506.800,00	3.587.100,00	1.137.000,00	1.141.700,00	1.150.800,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.702.442,10	3.391.100,00	3.353.500,00	3.330.300,00	3.347.300,00	3.380.300,00
7	+ sonstige Erträge	5.328.786,73	7.372.100,00	3.891.600,00	3.612.900,00	3.626.700,00	3.630.500,00
8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Erträge	65.535.544,35	81.332.100,00	74.902.000,00	73.989.800,00	74.546.500,00	76.173.100,00
11	Personalaufwendungen	18.394.187,25	20.597.900,00	21.485.400,00	22.266.600,00	22.093.700,00	22.195.200,00
12	+ Versorgungsaufwendungen	245.323,59	216.300,00	47.000,00	0,00	0,00	0,00
13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.071.723,97	15.463.800,00	16.453.500,00	13.907.600,00	13.702.300,00	14.040.600,00
14	+ bilanzielle Abschreibungen	6.497.981,91	5.722.600,00	6.180.300,00	5.998.600,00	6.117.100,00	6.216.400,00
15	+ Transferaufwendungen	29.641.145,10	33.349.300,00	30.444.900,00	30.966.200,00	32.061.600,00	32.872.300,00
16	+ sonstige Aufwendungen	3.452.518,50	4.493.500,00	4.515.600,00	4.134.400,00	4.138.400,00	4.173.400,00
17	= Aufwendungen	69.302.880,32	79.843.400,00	79.126.700,00	77.273.400,00	78.113.100,00	79.497.900,00
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)	-3.767.335,97	1.488.700,00	-4.224.700,00	-3.283.600,00	-3.566.600,00	-3.324.800,00
19	+ Finanzerträge	1.548.501,59	1.357.000,00	1.346.500,00	1.339.300,00	1.357.300,00	1.374.600,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.256.857,51	2.156.500,00	2.039.800,00	2.088.300,00	2.147.700,00	2.055.000,00
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-708.355,92	-799.500,00	-693.300,00	-749.000,00	-790.400,00	-680.400,00
	+ außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	= Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	= Jahresergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-4.475.691,89	689.200,00	-4.918.000,00	-4.032.600,00	-4.357.000,00	-4.005.200,00
	Nachrichtlich: Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen						
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	20.483.833,74	22.421.600,00	24.596.200,00	0,00	0,00	0,00
	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.483.833,74	22.421.600,00	24.596.200,00	0,00	0,00	0,00
	Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Nachrichtlich: Nettoabschreibungsaufwand						
	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen u. auf geleistete Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen sowie für Beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Nettoabschreibungsaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamt-Plan 2020

Finanzplan

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis	Ansatz		Planung Folgejahre		
		2018 EUR	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	46.740.238,81	56.462.100,00	54.232.000,00	55.395.200,00	56.735.400,00	58.163.400,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.878.672,69	4.002.400,00	4.091.400,00	4.812.600,00	4.073.400,00	4.149.700,00
3	+ sonstige Transfereinzahlungen	23.040,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.945.973,14	4.134.300,00	4.171.000,00	4.171.200,00	4.191.800,00	4.233.300,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	892.327,31	998.200,00	801.300,00	801.300,00	804.300,00	811.400,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.759.886,88	3.391.100,00	3.353.500,00	3.330.300,00	3.347.300,00	3.380.300,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.154.374,96	2.084.900,00	1.919.900,00	1.923.200,00	1.934.300,00	1.947.000,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.497.001,21	1.657.000,00	1.646.500,00	1.639.300,00	1.657.300,00	1.674.600,00
9	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	63.891.515,45	72.730.000,00	70.215.600,00	72.073.100,00	72.743.800,00	74.359.700,00
10	Personalauszahlungen	18.271.132,92	20.248.300,00	21.285.600,00	21.517.900,00	21.539.100,00	21.795.100,00
11	+ Versorgungsauszahlungen	231.473,59	216.300,00	47.000,00	0,00	0,00	0,00
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.423.694,33	15.452.600,00	16.453.500,00	13.907.600,00	13.702.300,00	14.040.600,00
13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.273.773,54	2.156.500,00	2.039.800,00	2.088.300,00	2.147.700,00	2.055.000,00
14	+ Transferauszahlungen	33.540.451,42	33.349.300,00	30.444.900,00	30.966.200,00	32.061.600,00	32.872.300,00
15	+ sonstige Auszahlungen	3.299.726,93	4.493.500,00	4.417.400,00	4.036.100,00	4.039.100,00	4.073.400,00
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)	69.040.252,73	75.916.500,00	74.688.200,00	72.516.100,00	73.489.800,00	74.836.400,00
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 / 16)	-5.148.737,28	-3.186.500,00	-4.472.600,00	-443.000,00	-746.000,00	-476.700,00
18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.337.499,57	1.284.000,00	1.189.000,00	0,00	1.030.000,00	0,00
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	1.586.658,08	3.339.700,00	2.914.700,00	2.638.900,00	2.643.200,00	2.651.700,00
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	24.501,29	8.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	60.779,65	45.100,00	40.200,00	39.700,00	39.700,00	39.900,00
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	798.217,01	500.000,00	36.000,00	0,00	180.000,00	340.000,00
25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.807.655,60	5.176.800,00	4.179.900,00	2.678.600,00	3.892.900,00	3.031.600,00
27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.988.084,46	3.962.000,00	4.316.400,00	377.000,00	377.000,00	377.000,00
28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	93.490,43	200.000,00	1.546.000,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00
29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.633.569,39	2.149.900,00	2.185.900,00	1.180.900,00	1.182.900,00	2.159.900,00
30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.978.103,25	10.961.000,00	17.788.000,00	17.513.000,00	9.050.000,00	6.375.000,00
32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen u. Inv.förderungsmaßn. Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	32.141,75	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeile 27 bis 33)	8.725.389,28	17.432.900,00	25.836.300,00	19.270.900,00	10.809.900,00	9.111.900,00
35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)	-2.917.733,68	-12.256.100,00	-21.656.400,00	-16.592.300,00	-6.917.000,00	-6.080.300,00
35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	25.584.443,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	25.470.393,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	114.049,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 35)	-7.952.421,11	-15.442.600,00	-26.129.000,00	-17.035.300,00	-7.663.000,00	-6.557.000,00
37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.500.000,00	12.256.100,00	21.656.400,00	16.592.300,00	6.917.000,00	6.080.300,00

Stadt Wedel

Gesamt-Plan 2020

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2018 EUR	Ansatz		Planung Folgejahre		
		2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR
38 + Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
39 + Aufnahme von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	32.200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
40 - Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.383.054,76	3.883.600,00	3.946.400,00	4.110.400,00	4.222.700,00	4.218.000,00
41 - Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
42 - Tilgung von Kassenkrediten (ohne Kontokorrent)	29.700.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.616.945,24	8.372.500,00	17.710.000,00	12.481.900,00	2.694.300,00	1.862.300,00
44 = Finanzmittelsaldo (= Zeilen 36 + 43)	-4.335.475,87	-7.070.100,00	-8.419.000,00	-4.553.400,00	-4.968.700,00	-4.694.700,00
45 + Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	7.538.572,74	3.203.096,87	-3.867.003,13	-12.286.003,13	-16.839.403,13	-21.808.103,13
46 - Anfangsbestand Kassenkredite aus Kontokorrent	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
47 + Endbestand Kassenkredite aus Kontokorrent	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48 = Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres (= Zeilen 44 bis 47)	3.203.096,87	-3.867.003,13	-12.286.003,13	-16.839.403,13	-21.808.103,13	-26.502.803,13
nachrichtlich:						
abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 AG-KHG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von börsennotierten Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von nicht börsennotierten Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Börsennotierten Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von nicht börsennotierten Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von sonstigen Anteilsrechten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Investmentzertifikaten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalmarktpapieren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Geldmarktpapieren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzderivaten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Umschuldung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ordentliche Tilgung	3.383.054,76	3.883.600,00	3.946.400,00	4.110.400,00	4.222.700,00	4.218.000,00
Außerordentliche Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Redebeitrag zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2020

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates,

alle Jahre wieder stehen wir vor der Aufgabe, in der Dezember-Sitzung mit der Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt die Weichen für das Folgejahr zu stellen.

In diesem Jahr findet diese Beratung allerdings unter besonderen Vorzeichen statt.

Rückläufige Steuereinnahmen mit besonders starken Ausschlägen bei der schwankungsanfälligen Gewerbesteuer bei gleichzeitig steigenden Lasten führen zu einer drastisch verschlechterten Ausgangslage für den Haushalt 2020.

In der ersten, mir vorgelegten, Entwurfsversion enthielt die Planung für 2020 ein deutliches Defizit, das alleine durch Einsparungen nicht zu kompensieren war. Im Übrigen spiegelte die Ausgabenseite im Wesentlichen die Beschlusslage des Rates wider.

Ich habe mich daher, auch vor dem Hintergrund der Genehmigungspflicht des Haushalts, entschlossen, einen ausgeglichenen Haushalt durch eine kräftige Grundsteuererhöhung zu erreichen. Dadurch sollte auch die bisherige Abhängigkeit von der schwankungsanfälligen Gewerbesteuer erheblich reduziert werden.

Mir war klar, dass ich für diesen Entwurf wenig Beifall erwarten darf, aber wenn Sie so wollen, habe ich unserer Ausgaben-Politik der letzten Jahre quasi ein Preisschild angeheftet. Ein „weiter so“ in der Ausgabenpolitik, die Erfüllung von berechtigten Bürgerwünschen ohne Blick auf die eigene dauerhafte Leistungsfähigkeit hätte eben diesen Preis.

Mir wurde im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf Führungsschwäche vorgehalten und Begriffe wie „politischer Offenbarungseid“ wurden ins Feld geworfen.

Ich halte diese Bewertungen für unzutreffend, denn ich habe, wie ausgeführt, diese Entscheidungen bewusst getroffen und dabei Kritik in Kauf genommen.

Am Ende liegt die Budgethoheit beim Rat und jede Finanzpolitik braucht eine politische Mehrheit. Das trifft insbesondere dann zu, wenn es um konkrete Sparentscheidungen geht.

Im Verlauf der bisherigen Beratungen des Haushalts ist deutlich geworden, dass die von mir vorgeschlagene Steuererhöhung keine Mehrheit findet und das respektiere ich selbstverständlich. Das tue ich insbesondere auch deshalb, weil in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine breite Mehrheit ihren Konsolidierungswillen bekundet hat und erst nach entsprechenden Maßnahmen auf der Ausgabeseite bereit ist, über Steuererhöhungen nachzudenken.

Wenn diese Gemeinsamkeit auch noch trägt, wenn es im Laufe des nächsten Jahres konkret wird, haben wir alles richtig gemacht. Ich bin gespannt und sage zu, dass die hauptamtliche Verwaltung ihren Teil zum Gelingen beitragen wird.

Ich empfehle Ihnen allerdings, heute trotz mancher Magenschmerzen eine Haushaltssatzung zu beschließen, damit wir schnellstmöglich Planungssicherheit in dieser Stadt bekommen, denn das anstehende Genehmigungsverfahren wird mit einem defizitären Haushalt noch anspruchsvoll genug.

Vielen Dank!

Haushaltsrede

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
werte Ratsmitglieder,
liebe Bürgerinnen und Bürger Wedels,

in Wedel herrscht Haushaltsnotstand. Der vom Bürgermeister vorgelegte Haushaltsentwurf verdeckte die Misere, denn es fehlten wichtige Kostenpositionen und der vorgebliche Haushaltsausgleich sollte mit einer massiven Grundsteuererhöhung erkaufte werden. Ein viel zu kurzer Sprung.

Denn die zusätzlichen Ausgaben hatte die Verwaltung in ihrer Vorlage selbst benannt, sie aber dann betraglich nicht in den Haushalt eingestellt. Die Beratungen in den Fachausschüssen haben hier eine teilweise Korrektur geleistet und die Ausgaben in den Haushalt eingepreist und auch auf Antrag der CDU die Grundsteuererhöhung gestrichen. Im Ergebnis liegt nun kein ausgeglichener Haushaltsentwurf mehr vor, sondern eine Vorlage mit einem Defizit von 4,9 Millionen Euro.

Die Differenz zwischen Verwaltungsentwurf und Empfehlungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses von 5,5 Millionen Euro ist zum Großteil geprägt von der Ablehnung der Grundsteuererhöhung im Volumen von 3,5 Millionen Euro und Rücknahme der Kürzungen bei der Gebäudeunterhaltung mit 400.000 Euro. Hinzu kommen andere Faktoren, wie Senkung des städtischen Anteils an der Einkommensteuer mit 1 Million Euro, die Erhöhung der Einnahmen aus dem Familienlastenausgleich mit 400.000 Euro sowie die Streichung der vom Kreis noch gar nicht diskutierten Senkung der Kreisumlage mit weiteren 400.000 Euro.

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt ein Defizit im Ergebnisplan von 4,9 Millionen Euro, aber er ist nicht schlimmer geworden, sondern ehrlicher!

Doch bei rund 5 Millionen Euro Defizit ist noch nicht Schluss, Wedels Finanzlage ist noch viel dramatischer!

Noch immer fehlen wesentliche Belastungen, die die Verwaltung zwar erwähnt in ihrer Vorlage, aber eben nicht im Entwurf berücksichtigt hat. Die uns aber dennoch dauerhaft treffen werden.

Es fehlen die finanziellen Auswirkungen der anstehenden Kita-Reform und der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, die gemäß Angaben der Verwaltung Wedels Haushalt dauerhaft mit 1,5 bis 2,5 Millionen Euro belasten werden. Pro Jahr!

Und dann zeigt der Haushalt bis zum Jahr 2023 geplante Investitionen, vor allem in Schulgebäude, von knapp 64 Millionen Euro. Nun sind Investitionen nicht aus dem laufenden Haushalt zu begleichen, sondern ggf. über Kredite zu finanzieren, aber sie verursachen dennoch laufende Kosten. Und so müssen für 64 Millionen Euro kreditfinanzierter Investitionen Zinsen bezahlt werden, es fallen Abschreibungen an und die Gebäude müssen bewirtschaftet werden, also beheizt, beleuchtet, gereinigt. Zusammen wird das weitere 4 Millionen Euro kosten. Pro Jahr!

Wedels strukturelles Defizit, das mit diesem 2020er Haushaltsentwurf beschlossen werden soll, beläuft sich also nicht auf 5 Millionen Euro, sondern auf mehr als 11 Millionen Euro.

Soll, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, dieses Defizit mit einer einmaligen Grundsteueranhebung ausgeglichen werden, dann wäre hierzu nicht ein Hebesatz von 650% nötig, sondern einer von 1.250%.

„Ehrlich“ wäre also eine Verdreifachung der Grundsteuern.

Die Grundsteueranhebung ist also keines Falls die Lösung des Finanzproblems, sie kann nur ein Teil der Lösung sein. Die Stadt muss ihr strukturelles Haushaltsproblem ernsthaft und konsequent angehen! Und zwar vor allem auf der Ausgabenseite!

Doch öffentliche Haushalte sind für die Bürger eher abstrakt. Die Zeitungen berichten über neue Schulden, steigende Defizite, aber der Bürger spürt nichts davon. Bis ihn Steuererhöhungen treffen oder Gebührenerhöhungen. Ohne eigene Betroffenheit herrscht überwiegend Unverständnis bei den Bürgern für die finanziellen Probleme der Stadt. Die übliche Haltung ist, „dann soll eben irgendwo gespart werden“. Und genau dieses „Irgendwo“, um das müssen wir uns jetzt dringend kümmern. Weil wir es schon seit Jahren hätten tun müssen.

Versuchen wir die Problembeschreibung mal beispielhaft, als wäre die Stadt ein Bürger: vor acht Jahren wurden uns das Gehalt gekürzt, seit acht Jahren überzie-

hen wir das Konto von Monat zu Monat mehr, seit acht Jahren erhalten wir Mahnschreiben der Bank, dass das Konto überzogen ist und uns die Sperrung droht.

Und was tun wir? Wir leisten uns bereits Amazon Prime Video und Netflix, doch statt zu sparen haben wir noch Sky hinzu gebucht. Und zwar das volle Programm, nicht etwas die Basis-Variante. Mit der Folge, dass sich der finanzielle Anstieg noch beschleunigt, unser Minus sich noch schneller erhöht und auch die Schulden immer schneller anwachsen.

Und jetzt hat uns die Konsequenz getroffen, die Bank belässt es nicht bei Ermahnungen, sondern sie hat uns das Konto gesperrt.

Die Miete wird nicht mehr überwiesen, alle unsere Lastschriften platzen, der Geldautomat zieht die Girokarte ein und spuckt kein Geld mehr aus und an der Tankstelle wurden unsere Kreditkarten zerschnitten. Wir sind nicht am Limit, sondern längst weit darüber hinaus. Wir sind überschuldet, pleite.

Und was tun wir? Wir jammern und beklagen uns, wie ungerecht wir uns behandelt fühlen und dass die Bank unsere Lage nicht versteht und dass alle unsere Ausgaben wichtig sind und wir keinesfalls an irgendeiner Stelle Abstriche machen könnten.

Und wir freuen uns, dass gerade Disney die Rechte an Star Wars übernommen hat und nun auch noch einen eigenen Streamingdienst anbietet. Der etwas Besonderes ist, der nochmals andere Qualitäten und Inhalte hat und daher brauchen wir den unbedingt zusätzlich zu Prime, zu Sky, zu Netflix – ach ja, das althergebrachte Fernsehangebot konsumieren wir selbstverständlich auch noch.

Spätestens an diesem Punkt würde jeder normale Mensch Konsequenzen ziehen. Ihm wäre klar, dass ihm die Pleite droht, der gesellschaftliche Abstieg, der Verlust der Wohnung und damit Obdachlosigkeit.

Aber es ginge ja auch um sein Geld, sein Leben. Beim städtischen Haushalt ist das anders, da geht es nicht um das eigene Geld, sondern das Geld anderer Leute. In der Kommunalpolitik kann man eigene Fehler mit fremder Leute Geld machen. Und das darf so nicht weitergehen!

Acht Jahre lang wurden die offensichtlichen Finanzprobleme von der Ratsmehrheit und der Verwaltung ignoriert. Immer wieder wurden Durchhalteparolen ausgegeben und wirklichkeitsfremde überoptimistische Prognosen verkündet, die alles samt in sich zusammengefallen sind. Daher helfen uns auch die vorgeschlagenen Schnellschüsse nichts, wir müssen ans Eingemachte gehen, wir müssen die Ausgaben senken und die Einnahmen erhöhen. Die Ausgaben dürfen die Einnahmen nicht mehr übersteigen.

Daher fordert die CDU ein Konsolidierungskonzept. Wir benötigen endlich die richtigen Informationen, um auf dieser Basis die notwendigen Abwägungsentscheidungen treffen zu können.

Wir müssen endlich Prioritäten setzen: Statt Prime und Sky und Netflix und Disney+ müssen wir uns für ein oder zwei der Angebote entscheiden und zwar für diejenigen, die die vom Rat beschlossenen Ziele am besten zu erreichen helfen.

Hierfür ist es nötig, dass wir endlich Wirkungskennzahlen verwenden, um die Leistungen und Erfolge messbar zu machen und sie mit den anderen Angeboten vergleichbar zu machen.

Diese Informationen kann nur die Verwaltung liefern, dort sitzen die Fachleute, die sich tagtäglich mit den Themengebieten und Angeboten beschäftigen. Politik und Verwaltung müssen sich der großen Herausforderung gemeinsam stellen.

Und es muss Schluss damit sein, dass sich Verwaltung und Politik die Schuld an der Misere gegenseitig zuschieben. Es ist heute nicht wichtig, wer wie viel Anteil an Wedels Finanzproblem hatte. Entscheidend ist alleine, dass wir es lösen, dass wir heute die Verantwortung tragen für die Entscheidungen, die nötig sind. Und es werden keine einfachen und keine schönen Entscheidungen sein, die wir zu treffen haben und wir können sicher sein, dass nicht alle Fraktionen und auch nicht alle Verwaltungsmitarbeiter sich dieser Verantwortung stellen und bei der Lösung des Finanzproblems mithelfen werden.

Deshalb wird die CDU ganz unmissverständlich die Forderung der SPD, externe Berater hinzuziehen anstelle der Verwaltung, unterstützen, sofern die von uns geforderten Informationen nicht vorgelegt werden und zwar in der Form, dass die Politik sachgerechte Abwägungsentscheidungen treffen kann.

Auch die Gebäudekosten sind ein hoher Kostenfaktor in unserem Haushalt und daher fordern wir in einem zweiten Begleitbeschluss ein Umstrukturierungskonzept. Hier wollen wir signifikante Einsparungen erzielen, indem überlappende Angebote reduziert und an Standorten zusammengefasst werden. So können die laufenden Unterhaltungskosten gesenkt und werden, damit wieder mehr Geld in die Leistungen für die Bürger fließen und weniger in bürgerfernen Nebengebiete. Die so frei werdenden Gebäude und Grundstücke können im Anschluss verkauft werden und so unser Defizit und unsere Schulden senken. So würden Flächen frei für den in Wedel so dringend benötigten Wohnungsbau.

Fazit

Das Fazit lautet: der Haushaltsentwurf mit einem Defizit von 5 Millionen Euro ist ehrlicher, aber das strukturelle Haushaltsloch liegt bei jährlichen 11 Millionen Euro. Es kann nur durch ein Zusammenspiel von Einnahmeerhöhungen und Ausgabenreduzierungen geschlossen werden und auch nicht über Nacht. Für die notwendigen Entscheidungen benötigen wir mehr und bessere Informationen und vor allem die richtigen, um Prioritäten setzen und fundierte Abwägungsentscheidungen treffen zu können. Daher brauchen wir das von der CDU geforderte Konsolidierungskonzept und auch das Umstrukturierungskonzept bzgl. der städtischen Gebäude.

In der vorliegenden Form ist der Haushaltsentwurf nicht beschlussreif. Das ganze Jahr über wurden in den Fachausschüssen Entscheidungen gegen die CDU getroffen, wo immer neue und defizitäre Leistungen beschlossen wurden und von der Verwaltung vorgeschlagene Kompensationen, wie erhöhte Nutzungsentgelte oder Gebühren, abgelehnt wurden. Da die übrigen Fraktionen diesen Haushalt mit ihren Inhalten gefüllt haben, sollten sie ihn auch beschließen. Die CDU trägt diesen Entwurf nicht und wird ihn ablehnen, solange er nicht spürbare Effekte aus den Konsolidierungsbemühungen enthält.

Da der Haushalt ohnehin die Genehmigung des Innenministeriums benötigt und dieser der Stadt schmerzhaft Einsparungen für eine Genehmigung zur Auflage machen wird, die weitere Debatten in Wedel auslösen werden, wird vor der Sommerpause kaum ein genehmigter Haushalt vorliegen.

Daher sollten unverzüglich die Konsolidierungsgespräche zwischen Verwaltung und Politik aufgenommen werden, um keine weitere Zeit zu verlieren. Acht Jahre lang das Problem einfach zu ignorieren und die Lage schön zu reden, hat die Stadt schon genug gekostet.

Für die CDU steht fest: heute ist nicht das Ende der Haushaltsberatungen, sondern nur das Ende des Anfangs.

Michael C. Kissig

Finanzpolitischer Sprecher und Vorsitzender der CDU-Fraktion

Haushaltsrede der SPD, Rat 19.12.2019

Herr Stadtpräsident, verehrte Mitglieder des Rates, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wedel!

Der jetzt noch gültige Haushaltsentwurf unserer Stadt für 2020 sieht Einnahmen von ca. 81 Mio. Euro vor. Die geplanten Investitionen liegen bei ca. 27 Mio. im Haushaltsjahr und im vorgelegten Mehrjahresplan sollen insgesamt 64 Mio. Euro investiert werden.

Das sind eigentlich gute Zahlen, und besonders die Investitionen sind im allgemeinen Interesse. **Bei genauem Hinsehen wurde aber klar, dass mit dieser Art Finanzplanung Wedel nie und nimmer zukunftsfähig gemacht werden kann.** Denn das Minus liegt bei knapp unter 1 Mio €, selbst mit einer saftigen Erhöhung der Grundsteuer

Der jetzige Entwurf der Haushaltssatzung hat ein Defizit von ungefähr 4 Millionen Euro. Genaue Angaben sind hier schwer zu machen, da sich die Zahlen in den letzten Tagen immer wieder verändert haben.

Und auch hier gibt es noch Risiken, z. B. bei der Wohngelderhöhung, der Entlastung von Kindern von Behinderten oder den Kitagebühren, der Inklusion und der Rückabwicklung am Gymnasium von G8 (Abitur nach Klasse 12) zurück zu G9 (Abitur nach 13 Jahren). Zudem sind im Haushalt Grundstücksverkäufe enthalten. Hier werden Immobilienwerte der Stadt verkauft und damit das strukturelle Defizit erhöht.

Kurzum: So ein Haushalt, neu oder alt, hat keine dauerhafte Grundlage und ist nicht nachhaltig!

Wedel lebt seit Jahren über seine Verhältnisse. Das ist ein hausgemachtes Problem aus drei Richtungen:

1. Die **Einkommenssteuer** entwickelt sich nach Aussage der Verwaltung zwar planmäßig, aber ohne deutliche Steigerungen. Die **Gewerbesteuern** sind deutlich eingebrochen, ohne Aussicht auf baldige Stabilisierung. Da kann man nur auf den Businesspark hoffen.

2. Die **Kosten, die Kommunen durch Bundes- und Landesgesetze zu tragen haben, sind durch die Auftraggeber nicht ausreichend finanziert. Wedeler Bürger und Firmen bezahlen also mit ihren kommunalen Abgaben und Steuern Landes- und Bundesaufgaben.** Das ist ein unglaubliches Vorgehen, aber dagegen kann eine Gemeinde nur wenig ausrichten.

3. **In den Wedeler Konsolidierungsrunden der vergangenen Jahre wurden keine deutlichen Einsparungen gemacht.**

Vor diesen drei Problemen haben Politik und Verwaltung die Augen verschlossen.

Die Anfang 2019 einberufene AG des Haupt- und Finanzausschusses sollte mittelfristige Lösungen für die Haushaltskonsolidierung entwickeln. Dabei ist gar nichts herausgekommen. Es wird auch nichts herauskommen, wenn wir gemeinsam keine weiterreichenden Ideen und

keinen Konsens erarbeiten können. Dazu ist strategisches Neuausrichten der Stadtentwicklung notwendig.

Der Leidensdruck, das Problembewusstsein und der Sparwille waren bislang bei allen Beteiligten und Verantwortlichen nicht sehr ausgeprägt. Eine Gemeinde bekommt ja schließlich immer Kredite, und die Grundsteuer kann ja auch erhöht werden. Deshalb gab es keine grundsätzlichen neuen Versuche, das Problem an der Wurzel zu packen.

Damit muss jetzt Schluss sein, und genau deshalb wurde der Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer jetzt zu erhöhen, im HFA tatsächlich (auch mit unseren Stimmen) abgelehnt.

Denn wir brauchen endlich realistische Konzepte für die Zukunft Wedels. Diese Konzepte und Lösungen müssen transparent und ehrlich sein und dabei das soziale Gerüst der Gemeinde stärken, und Klimaschutz, Bildung, Soziales, Kultur und Sport fördern. Unsere Mittel zur Gestaltung der Zukunft unserer Stadt sind aber begrenzt. Wenn wir mehr und bessere Leistungen in Wedel haben wollen (und dies gilt auch für den Erhalt der jetzt schon vorhandenen Leistungen), werden wir sicherlich eine Erhöhung der Grundsteuern in der Zukunft nicht vermeiden können. **Aber nicht ohne ein Gesamtkonzept!**

Die SPD will einen Haushalt, der schlüssig, nachhaltig und kreativ modern ist, und sich an den strategischen Handlungsfeldern der Stadt ausrichtet. Das muss konzeptionell erarbeitet werden, und zwar schnell, damit es schon für den Haushalt 2021 wirkt.

Mit der Entscheidung des Rates geht es heute um die Zukunft Wedels. Deshalb:

1. Die SPD wird der neuen Haushaltssatzung mit der Beibehaltung der bisherigen Hebesätze von 380% bei der Grundsteuer A und 425% bei der Grundsteuer B zustimmen.
2. Die SPD wird die Haushaltsbegleitbeschlüsse der FDP und der Grünen ablehnen.
3. Die SPD wird das Umstrukturierungskonzept der CDU ablehnen. Aber: Hier sind mögliche Maßnahmen enthalten über die, die SPD in der Lenkungsgruppe verhandeln möchte. Denn bei der Erweiterung dieses Konzeptes im Januar 2020 sehen wir interessante Möglichkeiten.
4. Die SPD wird dem CDU Antrag zur Haushaltskonsolidierung mit einem Zusatz aus dem SPD Antrag zustimmen: „Der HFA wird beauftragt, einen Lenkungsausschuss zur Konzepterarbeitung zu bilden“.

Die SPD hatte nämlich in die HFA Sitzung am 09.12.2019 einen eigenen Konsolidierungsantrag eingebracht. Unser Antrag sah vor, den Prozess der Haushaltskonsolidierung durch eine Lenkungsgruppe aus jeweils 2 Mitgliedern der Fraktionen steuern zu lassen. Entscheidend war der Vorschlag, das Fachwissen einer kommunalen Beratungsgesellschaft zu nutzen. Die anderen Fraktionen im HFA waren und

sind immer noch der Meinung, dass die Verwaltung ein zukunftsfähiges Konsolidierungskonzept selbst erarbeiten kann. **Das glauben wir nicht.** Nach der Vielzahl der erfolglosen internen Versuche halten wir den Zeitpunkt für gekommen, realistische und nachhaltige Lösungen mit externer Unterstützung zu entwickeln.

Dieser SPD Antrag fand leider keine Mehrheit. Die SPD beantragte deshalb zunächst nur die Lenkungsgruppe einzurichten, was vom HFA mit Mehrheit entschieden wurde. Wenn aber bis Mitte 2020 kein konkretes Ergebnis vorliegt, werden wir erneut die Hinzuziehung einer externen Unterstützung beantragen. Denn es geht um die Zukunft unserer Stadt!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Sophia Jacobs-Emeis

Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Wedel

Wedel 19.12.2019

Es gilt das gesprochene Wort. Es wird um Beachtung der Sperrfrist zum 19.12.2019, 19.00 Uhr gebeten

Stand 11.12.2019

Haushaltsrede Die Grünen 2019

Herr Wuttke erklärt für die Grüne Fraktion zu Beginn, dass er nicht vorhat, in seiner Rede das Wahlprogramm seiner Partei vorzutragen. Er bedankt sich bei Herrn Scholz und seinem Team für die geleistete Arbeit und die vielen Hilfestellungen für die politischen Gremien zu haushaltsrechtlichen Fragen.

Die Grüne Fraktion hält eine Haushaltskonsolidierung für notwendig und würde in diesem Zuge auch die Grundsteuererhebung tragen. Daher habe sie auch im HFA einen eigenen Antrag gestellt, der sowohl Veränderungen an der Einnahmeseite als auch an der Ausgabenseite berücksichtigt. Zusätzliche Einnahmen sollen durch eine zeitlich befristete Grundsteueranhebung auf die vom Bürgermeister vorgeschlagene Höhe mit einer Überprüfung der Hebesätze zum Haushalt 2023 erzielt werden. Die Ausgaben sollen zudem durch Einsparungen im Ergebnishaushalt, Kürzung pauschal um 2 % nach einer Art Gießkannenprinzip, verringert werden. Beide Teile des Antrages wurden jedoch bereits im HFA abgelehnt. Deshalb stellt seine Fraktion sie heute nicht erneut zur Abstimmung, sondern stimmt dem vorliegenden Haushalt trotz einiger Bedenken zu, damit Politik und Verwaltung wenigstens einen gewissen Gestaltungsspielraum behalten. Dass Wedels Defizit auch durch immer neue Aufgaben von Bund und Land verursacht werde, ohne dafür finanziell ausreichend ausgestattet zu werden, gehöre aber auch zur Wahrheit.

HINWEIS:

Da sich aufgrund der Haushaltsreden der anderen Fraktionen abzeichnete, dass der Haushaltsentwurf keine Mehrheit finden würde, habe ich den hier vorliegenden schriftlichen Text in kleineren Teilen im mündlichen Vortrag abgeändert. Zudem habe ich mich zu Beginn der Rede im Namen der WSI-Fraktion bei der Verwaltung für die Zusammenarbeit im Jahr 2019 bedankt.

Haushaltsrede der WSI-Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates und der Verwaltung,

der uns heute zur Entscheidung vorgelegte Entwurf für den Haushaltsplan 2020 ist für Wedeler Verhältnisse schon ungewöhnlich. Weist er doch bereits vor Beginn des Haushaltsjahres ein zu mindestens planerisches Defizit aus. Defizite gab es auch in der Vergangenheit, diese stellten sich aber erst im Laufe des Jahres, meist durch ungewöhnliche Steuereinbrüche, ein.

Diesmal ist klar: Wir wissen bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes, dass die Ausgaben höher sein werden als die Einnahmen. Die Beratungen in den Gremien hat die Defizitproblematik nicht entschärft, im Gegenteil, einzelne Beschlüsse belasten den Haushalt zusätzlich. Die Verwaltung hatte bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs versucht, dem sich abzeichnenden Defizit mit einer Erhöhung der Grundsteuer zu begegnen. Durch eine Erhöhung auf 650 % sollte sogar ein leichter Überschuss erwirtschaftet werden. Bei genauer Betrachtung der seitens der Verwaltung vorgelegten Zahlen war aber schnell erkennbar, dass man nur durch Nichtberücksichtigung klarer Kostenrisiken einen Überschuss ausweisen konnte. Die letzten vorgelegten Zahlen, beispielsweise im Bereich des städtischen Anteils an der Einkommenssteuer, hätten aber selbst diese- nennen wir sie mal „optimistische Haushaltsplanung“ - bereits heute als unrealistisch entlarvt.

Wir haben uns deshalb nach den fraktionsinternen Beratungen der WSI zum Haushalt gegen eine „unbegleitete“ Grundsteuererhöhung ausgesprochen. Unbegleitet heißt, dass im Rahmen einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der städtischen Haushaltspolitik im Vergleich zu den jetzigen Steuersätzen durchaus auch ein deutlich erhöhter Grundsteuersatz einen Beitrag zur Lösung der Probleme bieten kann. Ist die Grundsteuer in ihrer Gesamteinnahmehöhe doch viel besser vorhersehbar als beispielsweise die Einnahmen aus Gewerbe- und der Einkommenssteuer. Aber sie darf eben auch nur ein Beitrag unter vielen sein und nicht einseitig den vermeintlich alle Probleme lösenden Ansatz bilden. An wirklichen Problemlösungsansätzen mangelt es diesem Haushaltsentwurf aber deutlich. Im Gegenteil, angesichts der aller Voraussicht nach auch zukünftig angespannten Haushaltslage fehlt es einer politischen Mehrheit an dem Mut, selbst bestimmte Planungskosten aus dem Haushaltsentwurf zu streichen. Planungskosten für Projekte, über die man sich vielleicht als finanziell gesunde Kommune Gedanken machen kann, die sich aber in den nächsten Jahren bei einer

ehrlichen Betrachtungsweise kaum realisieren lassen. Genannt seien hier beispielsweise die Planungsmittel für die Umgestaltung des Schulauer Marktplatzes.

Teure Pläne für die Schublade zu produzieren, aber sich gleichzeitig als Haushaltssanierer präsentieren, das passt nicht zusammen. Das gilt übrigens auch für die von Teilen des Rates gewünschte Freigabe von Planungskosten für die Veloroute an der S-Bahn.

Innerhalb der WSI-Fraktion ist von daher sehr engagiert diskutiert worden, ob man dem Haushaltsentwurf 2020 überhaupt zustimmen könnte. Es gab durchaus Stimmen, die sich bereits für 2020 einen spürbareren Sparwillen aller Beteiligten, also von Politik und Verwaltung, gewünscht hätten. Gleichwohl haben wir uns fraktionsintern mit deutlicher Mehrheit entschieden, dem Haushaltsentwurf zu zustimmen. Dies aber ganz eindeutig im Zusammenhang mit dem ebenfalls zur Entscheidung anstehenden Haushaltsbegleitbeschluss in der Fassung des HFA.

Wir hoffen sehr, dass auf Basis eines fundierten Konzepts, das auch den Mut hat, Prioritäten zu setzen, eine wertfreie Diskussion darüber entsteht, wie wir die Vielfalt an sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Einrichtungen in Wedel erhalten und gleichzeitig unsere Stadt finanzpolitisch zukunftsfähig ausrichten können.

Wir glauben durchaus daran, dass dies gelingen kann. Gleichzeitig bestehen aber durchaus Zweifel, ob wirklich alle Akteure des anstehenden Konsolidierungsprozesses hierzu wirklich bereit oder fähig sind. Zweifel, die sich durchaus am Agieren einiger politischer Mitbewerber festmachen lassen:

So gibt es beispielsweise die FDP-Fraktion, die einerseits letztes Jahr voll Inbrunst für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eintritt und ein Jahr später als einzige Fraktion genau das macht, was man ihr ein Jahr zuvor prophezeit hat: Man legt eine Verschiebeliste für städtische Straßensanierungsprojekte vor und versucht, damit den Haushalt zu entlasten. Haushaltssanierung auf Kosten der Verbesserung bestehender Infrastruktur. Dann aber bringt man zugleich einen Haushaltsbegleitbeschluss ein, der sich wie folgt zusammenfassen lässt:

Liebe Wedeler, wir kürzen im kulturellen und sozialen Bereich, damit wir Geld freischaufeln für unsere Blümenträume von einem neuen Stadtteil und für eine überholte Verkehrspolitik durch den Bau unsinniger Umfahrungsstraßen. Es wäre interessant zu lesen, wie der Journalist Schuhmacher die Haushaltspolitik der Schuhmacherfraktion beurteilen würde. Wenn er keine Fake News produzieren würde, müsste das Urteil ziemlich vernichtend ausfallen.

Von daher gilt für die WSI-Fraktion: die Arbeit in der neuen Lenkungsgruppe zur Haushaltskonsolidierung nehmen wir ernst und hoffen für unsere Stadt auf ein gutes Ergebnis. Nur, ob dies wirklich gelingen wird, daran lassen uns einige der Ratsfraktionen durchaus zweifeln. Haushaltskonsolidierung heißt nämlich auch, die Bereitschaft zu haben, sowohl wahltaktischen Populismus zu vergessen und als auch zunächst einmal das bestehende Haus zu sanieren, statt unnötig das Geld der Bürgerinnen und Bürger für den Neubau des eigenen Denkmals zu verwenden.

es fikt das gesprochene Wort

Haushaltsrede der FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Kämmerei für die umfangreiche Arbeit zum Haushalt und insbesondere bei Herrn Scholz für die stets gute Beratung.

Sie haben die traurige Pflicht, uns heute einen Haushalt vorzulegen mit einem Defizit von nunmehr rd. 4,8 Millionen. Dies ist dem Einbruch der volatilen Gewerbesteuer geschuldet und der Tatsache, dass wir mal wieder mehr ausgeben als wir einnehmen. Massive Einsparungen sind seitens der Politik – und nur die entscheidet – über die Jahre ausgeblieben, so auch in den letzten Haushaltsberatungen.

Dem Vorschlag der Verwaltung, die verlässliche Grundsteuer auf 650 Punkte zu erhöhen, stimmen wir schweren Herzens zu, wohl wissend, dass auch dies für die Zukunft nicht reichen wird.

Die Mehrheit des Rates wird heute die Grundsteuererhöhung ablehnen. Sie wird aber kommen, wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt. Das wissen auch diejenigen, die sich heute gegen die Steuererhöhung aussprechen.

Denn wenn wir uns die finanzielle Entwicklung der Stadt ansehen, wissen wir, dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist. Und darum müssen wir in 2020 handeln, und zwar massiv und energisch. Ich verweise dazu auf unseren Haushaltsbegleitbeschluss.

Nun steht wohl fest, dass die Mehrheit des Rates den Haushalt ohne Ausgleich zum Innenminister nach Kiel schicken will. Er sei ja ohnehin genehmigungspflichtig. Das ist richtig. Da sage ich Ihnen, das machen wir nicht mit. Begründung: Wenn wir den Haushalt – mit der Steuererhöhung – in Kiel einreichen, ist vielleicht damit zu rechnen, dass auch eine gekürzte Kreditaufnahme durch den Innenminister uns reichen wird, die so dringend notwendigen Schulbauten zu finanzieren. Und das liegt uns doch allen am Herzen.

Schicken wir den Haushalt mit dem riesigen Defizit nach Kiel, können Sie davon ausgehen, dass wir den Kreditrahmen so weit gestrichen bekommen, dass wir einen großen Teil unserer Investitionen streichen müssen, so auch die für die Schulen.

Und was dann noch an weiteren Zukunftsinvestitionen auf dem Spiel steht, mag ich mir noch gar nicht ausmalen.

Erlauben Sie mir eine metaphorische Betrachtung des Haushaltes, hört sich lustig an, ist aber sehr ernst gemeint:

Nehmen wir an, vor uns liegt ein beliebtes Kartenspiel: Der Schwarze Peter.

Die Karten sind sorgfältig gemischt, trotzdem traut sich niemand, eine Karte zu ziehen, aus Angst vor dem Schwarzen Peter. Man fordert die Verwaltung auf, dies zu tun, wohl wissend, dass die Karte anschließend an die Politik weitergegeben wird.

Die FDP-Fraktion ist nicht so ängstlich. Sie zieht den Schwarzen Peter, macht sich mit ihren weitreichenden Sparvorschlägen unbeliebt und erträgt die Kritik von allen Seiten.

In Wirklichkeit ist der Schritt der FDP gar nicht so mutig, denn wenn Sie alle Karten umdrehen, sehen Sie: Das Spiel besteht nur aus Schwarzen Petern! Hier ist nichts zu holen im Wettlauf zwischen den Fraktionen oder mit der Profilierung gegenüber der Verwaltung.

Zum Schluss meiner Rede noch ein paar Anmerkungen für die Zukunft:

Das neue Kitagesetz bringt für die Kommune Wedel keine Entlastung, wie mal angekündigt. Im Gegenteil, die Kitakosten werden dramatisch steigen, wenn wir uns die neuesten Zahlen aus dem FB Bildung anschauen. Uns bleibt nur die Hoffnung auf Entlastung über FAG-Mittel und/oder Unterstützung des Kreises.

Der Kreis wird auch erst im Frühjahr 2020 entscheiden, ob die Senkung der Kreisumlage – immerhin für uns eine Mehreinnahme von einer halben Million - zum Tragen kommt.

Und dann ist der Bund schon wieder dabei, den Kommunen neue Belastungen aufzuerlegen: Es soll in absehbarer Zeit einen Rechtsanspruch der Eltern auf Ganztagsbetreuung in den Schulen geben. Dazu stellt der Bund Gelder für den Ausbau unserer Schulen in Aussicht. Aber kein Wort davon, wie wir die ohnehin schon hohen Personalkosten stemmen sollen.

Wir haben in Wedel noch so viel vor, um diese Stadt noch liebenswerter zu machen. Das setzt aber voraus, dass wir sie erst einmal handlungsfähig machen. Das heißt Investieren und Sparen. Wir sind dazu bereit..

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Renate Koschorrek
19.Dezember 2019

Haushaltsrede DIE LINKE 2019

Als erstes möchten wir uns bei der Verwaltung bedanken, auch in diesem haben wir gern und gut mit Ihnen gearbeitet.

Wir danken Ihnen ausdrücklich für Ihre Arbeit,

Die schwierigen Umstände haben Sie bestimmt jetzt noch einmal bei der Erstellung des Haushalts in Schwitzen gebracht.

Und uns bringt dieses Werk jetzt auch wieder ins Schwitzen.

Einen Haushalt aufzustellen ist immer eine schwierige Aufgabe. Mit den Geldern der Bürger – den Steuern – soll wohin gesteuert werden ?

Es muss wirtschaftlich, effizient und sparsam mit den Einnahmen umgegangen werden. Die Bedürfnisse der Bewohner müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Haushalt hat etwas mit Gegenwart und Zukunft zu tun. Es muss vorausschauend geplant werden. Wie schnell kann ein Loch im Schuldach ein solches in den Haushalt reißen.

Die schlechte Einnahmelage hat in den vergangenen Jahren zu dem jetzigen Flickwerk, das wir Haushalt nennen, geführt. Die Verschuldung ist erneut um mehrere Millionen erhöht worden.

Der Schulauer Hafen ist ein gutes Beispiel für die gesamte Lage der Stadt. Beim Umbau eines Gebäudes muss man doch zuerst das Fundament untersuchen und gegebenenfalls in Ordnung bringen. Nach vielen Jahren der Bautätigkeit stellt sich nun heraus, dass die Ostmole marode ist. Unsere Hinweise wurden damals wie heute ignoriert.

Wieder verschlingt der Hafenumbau Millionen, ohne dass erkennbar ist, dass er zum Nutzen und Wohl aller Wedeler Einwohner genutzt werden wird. Der teure Einbau von Glasflächen in Flutschutzmauern bei stetig steigendem Wasserspiegel ist ein weiteres Zeichen dafür, dass Sachkunde nicht zu den treibenden Kräften bei der Umsetzung des Hafenumbaus gehört.

Es fehlt nur noch eine Einfassung in Gold, dann haben die zukünftigen Bewohner der Luxuswohnungen wenigstens einen guten Ausblick. Für sozial verträglichen Wohnungsbau ist in Hafennähe wieder kein Platz vorgesehen, stattdessen sollen Menschen mit geringem Einkommen den lauten Straßen ausgesetzt werden. Von einer Durchmischung wie in den strategischen Zielen vorgesehen bleibt nichts übrig. Erinnert sei an eine verabredete 30%ige Quote bei Neubauten, die kaum eingehalten wird.

Unter dem Banner der „Generationengerechtigkeit“ halten wir es für widersinnig, ausgerechnet im Bereich der Bildung Kürzungen vorzunehmen. Sind denn die Kinder, die jetzt Schulen und Kitas besuchen und in Vereinen Sport betreiben, keine der vielbeschworenen „zukünftigen Generationen“? Wollen wir ihnen statt personell und sachlich gut ausgestatteten Einrichtungen wirklich lieber eine schwarze Null hinterlassen?

Ist es etwa generationengerecht, Schülern den Unterricht in Containern zuzumuten? Ist es denn generationengerecht, den Ersatz von Containern durch feste Schulgebäude aufzuschieben, weil der zuständige Fachdienst, für diese Aufgaben personell nicht gut genug aufgestellt ist, gleichzeitig drei Schulbaumaßnahmen zu überwachen? Und schon wieder fällt die Albert-Schweizer-Schule selbst für das Jahr 2020 dabei hinten über.

Wie in den vergangenen Jahren auch, haben wir dem Teilhaushalt für Bildung, Kultur und Sport zugestimmt.

Auch im Sozialausschuss konnten wir dem Teilhaushalt zustimmen. Endlich gibt es ein Konzept, wie Menschen in städtischen Unterkünften mit vielfältigen Problemlagen besser unterstützt werden können. Im besten Fall geht es ab 2020 nicht mehr nur um Unterbringung.

Ohne WLAN, am Rande der Stadt, mit schlechter Infrastruktur ist gesellschaftliche Teilhabe kaum zu leisten.

Wir freuen uns sehr, dass ab dem kommenden Jahr eine Fachkraft zur Begleitung verfügbar ist.

Dennoch ähnelt die sogenannte Umzugskette eher einzelnen hingeworfenen Bruchstücken als einer Kette.

Dem Teilhaushalt UBF konnten wir nicht zustimmen. Auch wenn die Erhöhung des Etat zum Erhalt von Straßen und Gebäuden aus der Sicht der LINKE eine gute Infrastrukturmaßnahme ist, da diese wirklich allen zugute kommt.

Weiterhin begrüßen wir, dass endlich das JRG und die GHS gleichwertig behandelt werden sollen.

Am prägendsten waren in diesem Jahr die Senkung des abzuführenden Gewinns der Stadtwerke sowie der Verzicht auf die Ausschüttung an die Stadt. Wir hatten frühzeitig erkannt, dass die Stadtwerke mit ihren sachfremden Ausflügen nicht dem Wohl der Stadt dienen. Eine Rückführung in einen Eigenbetrieb würde die Kontrolle durch den Rat erheblich vergrößern.

Und eine weitere Ursache unserer jetzigen Haushaltssituation ist ein gravierender Einbruch bei der Gewerbesteuer, nachdem ein großer Zahler ausgefallen ist. Also sollten Grundsteuerzahler, zu denen auch Mieter gehören, für einen multinationalen Konzern die Zeche zahlen. Alternativ sollen Leistungen der Stadt gekürzt werden und in manchen Fraktionen denkt man schon daran, den Rotstift bei ganzen Einrichtungen der Stadt ansetzen zu wollen, städtische Grundstücke leerzuräumen und zu versilbern, damit anderswo die Gewinne höher ausfallen. Dabei wird dann weder vor der Villa, noch vor der Volkshochschule halt gemacht, und wir sind froh, dass die Verwaltung die Bedeutung dieser Einrichtungen für Wedel zu schätzen und zu schützen weiß.

DIE LINKE hat letztes Jahr schon angekündigt, den Haushalt abzulehnen, wenn keine Wohnunterkunft in städtischer Regie mit Blick auf eine gemeinwohlorientierte Nutzung erstellt wird. Wenn Sie meinen Ausführungen gefolgt sind, wissen Sie, dass dies nicht der einzige Grund ist, warum DIE LINKE den diesjährigen Haushalt ablehnt.

Barbara Kautz
Fraktionsvorsitzende